

Zeitschrift: Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 62 (1983)
Heft: 4

Artikel: Eine Forschungsarbeit gibt Auskunft : Erfahrungen der Repression bei AKW-Gegnern in der Schweiz
Autor: Kriesi, Hanspeter
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-339985>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 04.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Erfahrungen der Repression bei AKW-Gegnern in der Schweiz

Von Hanspeter Kriesi

Im Rahmen des Nationalen Forschungsprogrammes über «Entscheidungsprozesse in der Schweizer Demokratie» hat der Soziologe Hanspeter Kriesi die historische Entwicklung der Anti-AKW-Bewegung der Schweiz anhand der Fallstudie Graben untersucht und daraus Schlüsse für die ganze Bewegung in der Schweiz gezogen. Er beschreibt am Beispiel des Widerstandes gegen das Atomkraftwerk Graben, aus welchen Gründen Bürger gegen Atomkraftwerke kämpfen, wie sie sich organisieren und welchen Schwierigkeiten sie bei der Verfechtung ihrer Anliegen unterworfen sind. Wir drucken im Folgenden gekürzt das Kapitel über Erfahrungen mit der Repression und die Zusammenfassung der Diskussion ab. Titel, Zwischentitel und Hervorhebungen stammen von der Redaktion. Die Arbeit ist im Verlag Rüegger, Diessenhofen, erschienen und sei den Lesern zur Lektüre wärmstens empfohlen.

Die Kernenergiebefürworter und die Behörden haben die Bewegung der AKW-Gegner von allem Anfang an mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln bekämpft. Nachgegeben haben sie nur auf Druck der Bewegung und der sich mit ihr solidarisierenden Volkskreise. Dabei haben Sie *zweigleisig operiert*. Zum einen haben sie versucht, die Bewegung zu fördern und ihr mit «integrativen» Angeboten das Wasser abzugraben, sei dies mit Geld (Steuergeldern oder expliziten Abfindungssummen), sei dies mit «Verhandlungen» und «Expertengesprächen». Zum andern haben sie aber vor allem die Bewegung massiv unterdrückt. Die Unterdrückung der Anliegen der AKW-Gegner hat viele Gesichter. Sie beginnt ganz grundsätzlich damit, dass man als AKW-Gegner von seinen Gesprächspartnern *nicht ernst genommen, nicht akzeptiert wird*. So ist für einen sehr engagierten, älteren AKW-Gegner aus einer gemässigten Gruppe vor allem die Einstellung der

Kernenergiebefürworter und der politischen Elite bedrückend:

«Diese Leute glauben einfach, sie hätten den Patriotismus gepachtet. Sie können einfach nicht akzeptieren, dass man ein aufrechter Schweizer sein kann und gleichzeitig gegen AKW ist. Die AKW-Gegner werden einfach zu Zerstörern der Kultur gestempelt. Man gilt nicht als politischer Gegner, sondern von allem Anfang an als Systemveränderer, Moskauhöriger. Das spürt man zum Beispiel auch in der Schule (der Betreffende ist Lehrer, H.K.), wo man als halber Landesverräter angesehen wird, während die Atomindustrie auf unver-schämte Weise Propaganda machen kann.»

Als AKW-Gegner gilt man den Herrschenden bestenfalls als Spinner, schlimmstenfalls als Subversiver. Diese ganz grundsätzliche Einstellung gegenüber den AKW-Gegnern hat Folgen in den verschiedensten Bereichen. Hautnah werden sie im engsten Freundes- und Bekann-

tenkreis, bei Nachbarn und Verwandten spürbar: Man wird scheel angesehen, Kontakte werden abgebrochen, man verliert alte Freunde. Rund ein Drittel (31%) der Befragten ist in mindestens einer Hinsicht von einem derartigen Verlust betroffen. Damit liegen die AKW-Gegner diesbezüglich etwa im Mittel der von uns untersuchten Fälle. Wesentlich krasser ist der Verlust persönlicher Beziehungen vor allem im Jura, wo 77% der Befragten meist mehrfach davon betroffen sind. *Auf dem Dorfe* sind derartige Massnahmen besonders oft anzutreffen und auch besonders hart. Hier spielt die soziale Kontrolle viel unmittelbarer als in der Stadt. Beispiele aus der direkt betroffenen *Gemeinde Graben* mögen illustrieren, welche Formen Druckversuche im Dorf auch sonst noch annehmen können: Einem Ehepaar, das in der Gemeindeversammlung für die IGG eingetreten ist und das im Haus der Schulgemeinde wohnt, wird mit der Kündigung gedroht. Auch die Hauswirtschaftslehrerin wird schikaniert. Einem der drei Herausgeber des Grabener Blatts wird vom Vermieter auf Druck von Dritten gekündigt. Der IGG wird vorgeworfen, sie sei von «ausen gesteuert», obwohl ihre Gründer alle nur denkbaren Vorsichtsmassnahmen getroffen haben, um sich gegen solche Anwürfe abzuschirmen.

Gezielte Denunziationen und *Verleumdungen* gedeihen auf dem Dorf, im kleinen sozialen

Kreis ebenfalls bestens. Zusammen mit den Mitgliedern des Patronats der Proporzinitiative der Jungen CVP im Wallis sind die AKW-Gegner aus den beiden kleinen von uns befragten ländlichen Gruppen von Gemässigten am häufigsten Opfer solcher Denunziationen geworden. So wurde beispielsweise eine gefälschte Nummer des Grabener Blatts an speziell ausgesuchte Leute verteilt, die Verleumdungen gegen eines der drei Redaktionsmitglieder enthalten hat. Ein sehr prägnantes Beispiel liefert in diesem Zusammenhang auch der Fall des Jugendberaters S. und der Sozialarbeiter an der Trinkerinnenheilstätte «Wysshölzli» in Herzogenbuchsee, die in einem ganzseitigen Artikel der Berner Rundschau auf perfide Weise namentlich verunglimpft worden sind. Ihnen wurde vorgeworfen, sie würden sich in Gesellschaftskritik üben, anstatt ihren Auftrag an der Heilstätte zu erfüllen. Ihr Engagement für die Jugendlichen und für die Erhaltung der Umwelt wurde für den geringen Erfolg der Anstalt verantwortlich gemacht. Dabei wurde behauptet, «...dass die Heilstätte ihren schlechten Ruf den Sozialarbeitern zu verdanken habe. Im «Wysshölzli»-Gebäude sei eine eigentliche Zentrale der oppositionellen Kreise eingerichtet worden. So seien die dortigen Sozialarbeiter in führender Position in der AgHB zu finden. Von der Trinkerinnenheilstätte aus werde zusammen mit Jugendberater F.S. der Kampf gegen das geplante Kernkraftwerk Graben geführt. Wenn die Sozialarbeiter bei ihrer Arbeit noch Erfolge aufweisen könnten, würde ihr Engagement gegen die bestehende Ordnung noch hingenommen. Indessen sehe es im Fall «Wysshölzli» ziemlich betrüblich aus, da gemäss einer seriösen Untersuchung mehr als zwei Drittel der

behandelten Frauen wieder rückfällig würden.» Die Rückfälligkeit wird selbstverständlich den Sozialarbeitern angelastet, frei nach dem Motto «seit es Sozialarbeiter gibt, hat es seelisch angeknackste Jugendliche und Erwachsene». Der Kommentator scheut sich nicht, auch diesen Spruch zu zitieren. Zwar findet auch er, man dürfe die Probleme, denen sich Sozialarbeiter und Jugendberater anzunehmen hätten, nicht verharmlosen, aber «ganz von der Hand zu weisen» sei dieser Spruch eben doch nicht. Er versäumt es auch nicht, einen alt Grossrat und Vorstandsmitglied der Wysshölzli-Genossenschaft zu erwähnen, der die Sozialarbeiter «aufgrund seiner langjährigen

Somit stehen nach den Forschungen des Herrn Kriesi «Atomlobby» und «Grossbourgeoisie» aufopferungsvollen Kernenergiegegnern wohl schon fast kriegsmässig gegenüber.

*Schweizerische Vereinigung
für Atomenergie*

Erfahrung» als «zum grössten Teil unbrauchbar» verurteilt, und schliesslich kommt auch noch ein Langenthaler Arzt zu Wort, der «aufgrund der jüngsten Vorkommnisse ... eher an negative Beeinflussung jugendlicher Chaoten als an aufbauende Sozialarbeit» glaubt. Der Artikel hat eine bemerkenswerte *Leserbriefkontroverse* ausgelöst. Ein Vertreter der schweizerischen Fachstelle für Alkoholprobleme in Lausanne hat eine Richtigstellung vom wissenschaftlichen Standpunkt aus geschrieben, die Verwaltungskommission der Heilstätte hat in einer öffentlichen Stellungnahme den Mitarbeitern «einstimmig ihr uneingeschränktes Vertrauen» ausge-

sprochen, verschiedene Leser prangerten die «Demagogie in Reinkultur» an. Aber es gab auch andere Stimmen: Da wurde dem Schreiber herzlich gratuliert und den Betroffenen wurde geraten, die Kritik «geseheiter zur Kenntnis (zu) nehmen und über ihre (nebenamtliche) Tätigkeit etwas nachzudenken.» Vom geworfenen Dreck bleibt allemal etwas hängen.

Dass in diesem Fall verschiedene, die AKW-Gegner unterstützende *Leserbriefe* veröffentlicht worden sind, ist keineswegs selbstverständlich. Oft werden Leserbriefe von AKW-Gegnern nicht veröffentlicht oder erstellt. Mehr als ein Viertel der Befragten (27%) hat solche Erfahrungen gemacht, verglichen mit rund einem Achtel (12%) der Aktiven insgesamt. *Die Diskriminierung der AKW-Gegner in den Medien* geht noch weiter: Befürwortende Artikel können auf Druck von Inserenten nicht mehr erscheinen, und selbst Inserate, die von den AKW-Gegnern aufgegeben werden, können nicht mehr in jedem Fall gedruckt werden! Auch in der *Schule* und im *Beruf* haben AKW-Gegner mit Konsequenzen zu rechnen. Fast ein Fünftel der Befragten (18%) ist von Disziplinar massnahmen in der Schule, sei es bloss angedrohten oder effektiv verhängten, betroffen worden. Gegen jeden achten (12%) sind Massnahmen im Beruf ergriffen worden. Die Unterdrückung in der Schule war nur bei den Lehrern und Schülern in Wiedikon grösser, jene im Beruf nur bei den Gewerkschaftern der GDP (mit 37% bzw. 17% Betroffenen).

Disziplinierung im Beruf

Die Disziplinierung der AKW-Gegner im Beruf mögen die folgenden Beispiele illustrieren: Anlässlich eines Podiumsge-

sprächs, veranstaltet von einer gemässigten Gruppe, liessen die AKW-Gegner eine Präsenzliste zur Mitgliederwerbung zirkulieren. Einer der Interessenten, der sich in diese Liste eingetragen hatte, bewarb sich wenig später um eine Stelle beim Kanton, wo man ihm aber bedeutete, *AKW-Gegner kämen sowieso für diese Stelle nicht in Frage*. Daraufhin trat dieser Mann sofort aus der Gruppe aus. Ein Bankangestellter aus derselben Gruppe engagierte sich kurz nach seinem Eintritt in die Gruppe für die AKW-Gegner in seiner Bank. Der Direktor der Bank liess ihn umgehend zu sich kommen und erklärte ihm, wenn er AKW-Gegner sei, müsse er sich eine andere Stelle suchen. Worauf auch dieser Mann nicht mehr an den Sitzungen der Gruppe teilgenommen hat.

Einem höheren Angestellten einer Papierfabrik, der zusammen mit 110 anderen Personen ein Flugblatt der AKW-Gegner unterzeichnet hatte, wurde mit der Kündigung gedroht, wenn er weiter in der Bewegung mitmache. Auch dieser Mann ist heute nicht mehr aktiv. Wer sich nicht so leicht einschüchtern lässt, wie die AKW-Gegner in diesen drei Beispielen, wird oft tatsächlich entlassen. Auch dazu gibt es Beispiele in der Region. Schliesslich zeigt das Beispiel des Ladenbesitzers in Luterbach, dass auch Selbständige unter Druck kommen können. Der Betreffende hatte einen Anti-AKW-Kleber im Schaufenster. Da sagten viele Leute: «Wir kommen nicht mehr zu dir in den Laden, wenn du den Kleber nicht entfernst.»

Schliesslich sind die AKW-Gegner auch besonders oft von *polizeilichen* und *gerichtlichen Massnahmen* betroffen. Jeder vierte AKW-Gegner ist mindestens einmal mit der Polizei und/oder der Justiz in Kontakt gekommen. Der entsprechende

Anteil für alle Aktiven insgesamt liegt mit 15% bedeutend niedriger. Einzig im Fall der Auseinandersetzungen an der Kantonsschule in Wiedikon sind noch mehr Aktive Opfer von polizeilichen und/oder gerichtlichen Massnahmen geworden (34%). Oft werden die AKW-Gegner von der Polizei auch nur überprüft und notiert. Auf dem ersten Pfingstmarsch, oben auf dem Wabrig, zum Beispiel, hat die Polizei alle Autnummern der AKW-Gegner notiert. Gelegentlich werden einzelne auch verhaftet, geprügelt und gerichtlich verfolgt:

	Anteil
● überprüft durch Polizei	17%
● gerichtlich verfolgt	9%
● körperlich angegriffen durch Polizei	7%
● verhaftet durch Polizei	7%

Folgen der Repression

Die Unterdrückung der Anliegen der AKW-Gegner durch die Kernenergiebefürworter und die Behörden führt vor allem bei den Gemässigten zu einem *Verlust an Vertrauen* in den Staat ganz allgemein. Bei den Gemässigten finden sich oft engagierte Leute, die an den schweizerischen Staat geglaubt haben, die auf die demokratischen Rechte der Bürger vertraut haben. Völlig überrascht und konsterniert müssen sie, zum AKW-Gegner geworden, feststellen, dass dieses Vertrauen unbegründet war. Sie reagieren zunächst oft ungläubig und wenden sich fast beschwörend an die Obrigkeit, doch nicht alles aufs Spiel zu setzen:

«Es dürfte lange Zeit dauern, bis alle illegalen Handlungen der Behörden wieder in Ordnung gebracht worden sind. Was aber kaum mehr oder nur sehr mühsam gut zu machen sein wird, ist der Verlust des Vertrauens in unsere staatlichen Institutionen. Wenn es den

Wirtschaftsmächten tatsächlich gelingen sollte, dieses wertvollste Kapital des Staates mutwillig zu zerstören, werden die Folgen wahrhaft unabsehbar sein.»

Diese Sätze stehen in der Einleitung zu einer Broschüre der GAG über die im Zusammenhang mit dem Projekt Graben vorgekommenen Rechtsstaatsverletzungen der Behörden. Noch hat der Autor dieser Sätze seinen Glauben an den Staat, der ihm das Leben so schwer macht, nicht ganz aufgegeben. Noch hofft er auf die Einsicht der Behörden. Dreieinhalb Jahre später wendet sich derselbe AKW-Gegner in einem eindringlichen, persönlichen Brief in Sachen «Zusammensetzung der Eidg. Kommission für Strahlenschutz (KSS)» an Bundesrat Hürlimann. Noch einmal nimmt er einen Anlauf, auch wenn er eigentlich schon selbst nicht mehr an eine Verständigungsmöglichkeit glaubt:

«Es ist mir ein Anliegen, Ihnen mein tiefstes Unwohlsein nach ca. 6 Jahren intensiver Arbeit als AKW-Gegner darzulegen. Die staatlichen Instanzen klemmen und kneifen, wo sie können. Ich finde, es sei immer noch besser, wenn man vorgängig dem «Gegenüber» seine Meinung möglichst klar ausdrückt und sich erst nachher an Aktionen beteiligt, die vom Staat als «irrationale, mehrheitlich destruktive Auswüchse» bedauert werden. Seien Sie versichert, sehr geehrter Herr Bundesrat, dass Zustände wie heute in Zürich, die jeder vernünftigen Kontrolle entgleiten, nicht nur auf irrationalen Dingen beruhen, sondern auf sehr handfesten Fakten, die sich seit Jahren und immer wieder neu anhäufen: Wir fühlen uns betrogen.»

Das allgemeine Gefühl, *betrogen worden zu sein*, verstärkt gerade bei den *Gemässigten* das Misstrauen gegen diesen Staat

und alles, was mit ihm zusammenhängt. Betroffen von diesem Misstrauen war auch unser Forschungsprojekt, hinter dem Repressionsabsichten des Staates vermutet worden sind.

Radikalisierende Wirkung

Die *Fortschrittlichen* haben diesem Staat im Gegensatz zu den Gemässigten von allem Anfang an nicht vertraut. Sie haben diesen Staat als bürgerlichen Staat immer mehrheitlich abgelehnt und sich in der Regel nicht auf Verhandlungen mit ihm und seinen Repräsentanten eingelassen. Die Reaktion der Behörden und der Kernenergiebefürworter auf ihre Opposition konnte sie in ihrer Einschätzung des Staates nur bestätigen. Ihr von Anfang an *radikaler Kurs wurde für sie vollumfänglich gerechtfertigt*.

Betrogen und enttäuscht resigniert ein Teil der Gemässigten. Ein anderer Teil aber wird auf radikale Weise neu aktiviert, macht einen Lernprozess durch und erlangt ein breiteres Problembewusstsein. Auch Gemässigte werden radikalisiert, angesichts der individuellen Unterdrückung und der enormen Beschwerlichkeit und Erfolglosigkeit legaler Widerstandsfor-

men. So meint denn auch ein sehr gemässigter, älterer Exponent der Bewegung aus Bern, die legalen Mittel kosteten oft so viel, dass man sich ihrer gar nicht mehr bedienen könne. Tatsächlich bezifferten etwa AGEA/NWA im Februar 1980 ihre Kosten, die ihnen allein in den vergangenen fünf Jahren aus den verschiedenen rechtlichen Verfahren im Zusammenhang mit Kaiseraugst, Beznau, Gösgen und Leibstadt erwachsen sind, auf rund 350 000 Fr. Die radikalisierende Wirkung kumulierter Erfolglosigkeit ist auch bereits durch die Argumente der militanten Splittergruppen, die sich 1979 gebildet haben, dokumentiert worden.

Zusammenfassende Diskussion

Die AKW-Gegner, die uns geantwortet haben, bilden eine relativ junge, wenn auch nicht jugendliche Bevölkerungsgruppe, die einen überdurchschnittlichen Bildungsgrad aufweist und in verschiedener Hinsicht verhältnismässig wenig in die zentralen Institutionen unserer Gesellschaft integriert ist. Verglichen mit der Kontrollgruppe der «gewöhnlichen» Stimmbürger und auch mit anderen Gruppen von aktiven Bürgern haben sich die AKW-Gegner in erheblichem Masse von traditionellen, geschlechtsspezifischen Berufsrollen emanzipiert, haben oft Erfahrungen mit alternativen Wohnformen gemacht und sind in traditionellen Institutionen wie Ehe, Familie und Kirche nur wenig verankert. Am ausgeprägtesten und reflektiertesten ist die Distanz zu hergebrachten gesellschaftlichen Verhältnissen in jener — besonders zahlreichen — Kohorte von AKW-Gegnern, die ihre prägenden politischen Erfahrungen im Aufbruch der späten sechziger und frühen siebziger Jahre gemacht hat.

Bemerkenswert ist aber, dass die Marginalen unter den AKW-Gegnern nicht gleichzeitig auch eine grössere Distanz zu den traditionellen *Institutionen der Arbeiterbewegung* haben, sondern ihnen im Gegenteil besonders stark verbunden sind. Die Vermutung liegt nahe, dass sie sich insbesondere aus der gerade in den späten sechziger und frühen siebziger Jahren formierten «Neuen Linken» rekrutieren, die ja ein besonders enges, wenn auch nicht ungebrochenes Verhältnis zu diesen Institutionen der Arbeiterbewegung gehabt hat und noch immer hat.

Unter den AKW-Gegnern, die uns geantwortet haben, finden sich viele Lehrer, freiberuflich Tätige, Ingenieure, Akademiker allgemein. Mehrheitlich gehören diese AKW-Gegner zur «Intelligenz» und zur mittleren oder gehobeneren Mittelschicht, d.h. zu materiell relativ gesättigten Bevölkerungskreisen, welche Lebensqualität jenseits von Güterproduktion zunehmend als zentralen Bestandteil ihrer Lebensgestaltung betrachten.

Da sich nicht genau abschätzen lässt, wie repräsentativ die Antworten sind, welche die Basis für dieses Bild der Zusammensetzung der AKW-Gegnerschaft in der Region Graben darstellen, können diese Ergebnisse nicht verallgemeinert werden. Insbesondere lässt sich vorläufig nicht sagen, ob das Gros der ländlichen Bevölkerung der Region in den grösseren Gruppen auf dem Lande (v.a. in der GAG) stärker repräsentiert ist als in diesem stark städtisch geprägten Sample. Angesichts der Schwierigkeiten der GAG, in der Bauernschaft Fuss zu fassen, lässt sich jedoch vermuten, dass das hier gezeichnete Bild einer relativ wenig integrierten, mehrheitlich aus Kreisen der Intelligenz stammenden Mitgliedschaft für die Anti-AKW-Bewe-

Die Fallstudie als Teil des Projektes «Der aktive Bürger», am Soziologischen Institut der Universität Zürich durchgeführt und vom Schweizerischen Nationalfonds finanziert, vermittelt ausserordentlich interessante Informationen und Erkenntnisse, die für die Struktur und Denkweise der AKW-Gegner-Bewegung in der Schweiz überhaupt gelten.

Hans Tschäni
im «Tages-Anzeiger»

gung in der Region und auch anderswo typisch sein dürfte. Es gibt verschiedene Anzeichen dafür, dass sich die AKW-Gegner, die uns geantwortet haben, durch eine längerfristige Perspektive eines «alternativen» Lebens auszeichnen — eine Perspektive, die ihren konkreten Niederschlag auch in ihrer Lebensgestaltung gefunden hat. Es gibt Anzeichen dafür, dass man zum Teil bewusst materielle Einbussen in Kauf nimmt, dass man weniger arbeitet, um mehr Zeit für ein eigenes Leben und für das politische Engagement zu haben. Entsprechend läuft auch die Mobilisierung der AKW-Gegner, soweit sich aufgrund dieser Ergebnisse sagen lässt, nicht «zufällig» ab. Die AKW-Gegner werden nicht aufgrund frustrierter Erwartungen aktiv in der Bewegung, es ist nicht «relative Deprivation», die sie mobilisiert. Auch persönliche Beziehungen und allenfalls damit verbundener Druck (Gruppen- druck) spielen eine vergleichsweise untergeordnete Rolle bei ihrer Mobilisierung. Bei den AKW-Gegnern handelt es sich im allgemeinen vielmehr um bereits politisierte Bürgerinnen und Bürger mit einer allgemein «progressiven» und «systemkritischen» Grundhaltung, wobei die allgemeine politische Mobilisierung auf die vielfältigste Weise zustande gekommen sein kann. Allgemeine Angaben über die Bedingungen politischer Mobilisierung lassen sich aufgrund dieser Ergebnisse nicht machen.

Es lässt sich lediglich sagen, dass die allgemein «progressive» und «systemkritische» Perspektive sowie die ausgesprochene Radikalität der AKW-Gegner vermutlich nicht erst aufgrund ihrer Zugehörigkeit zu einem der beiden Lager innerhalb der Bewegung zustande kommt, sondern vielmehr eine Folge der spezifischen struktu-

Jedermann kann in der Schweiz seine politische Meinung äussern. Dass eine solche Arbeit sich aber im Rahmen eines Nationalen Forschungsprogrammes erst noch finanzielle Unterstützung des Schweizerischen Nationalfonds ergattern konnte, ist schon eher erstaunlich.

*Schweizerische Vereinigung
für Atomenergie*

rellen Lage der einzelnen AKW-Gegner ist. So kann ein grosser Teil des allgemein besonders hohen Protestpotentials der Fortschrittlichen und vor allem auch ihre besonders «progressive» und «systemkritische» Zielorientierung dadurch erklärt werden, dass sie wesentlich jünger und weniger in die zentralen Institutionen der Gesellschaft integriert sind. Die «fortschrittliche» Haltung der Fortschrittlichen hat also eine reale Entsprechung in ihrer konkreten Lebenssituation.

Vor einer Spaltung der Gesellschaft?

Bei allen befragten AKW-Gegnern finden sich in Übereinstimmung mit der allgemeinen Grundhaltung auch einheitliche Motive für die Aktivität innerhalb der Bewegung. Sie sind geprägt von Gefühlen der Angst und der Überforderung in einer von Sachzwängen und Grosstechnologie beherrschten Welt, geprägt vom Gefühl, dass es so nicht weitergehen kann. Trotz des latenten Antikapitalismus und trotz der vielfachen Verknüpfung zur Arbeiterbewegung sind explizit anti-kapitalistische Motive eher selten.

Die AKW-Gegner kommen in der Regel *aus eigener Initiative*, aufgrund der Informationen,

die sie selbst verarbeiten und die sie vor allem aus der Öffentlichkeitsarbeit der AKW-Gegner-Gruppen, aber auch aus Vorträgen, eigener Lektüre, aus den Medien, aus der beruflichen Tätigkeit und von Bekannten beziehen. Man erhält den Eindruck, dass sich diese «individualistische» Bewegung auch auf «individualistischem» Wege rekrutiert: Individuelle Informationsverarbeitung und Denkarbeit, verstärkt durch die unmittelbare Betroffenheit durch die Nähe eines geplanten Projekts, scheint letztlich den Ausschlag für die Beteiligung an der Bewegung zu geben. AKW-Projekte fokussieren ganz generell die Aufmerksamkeit der ökologisch Sensibilisierten, die unmittelbare Nähe eines geplanten Projekts aber gibt oft den entscheidenden Ausschlag für die Konzentration der eigenen Aktivität auf die Problematik der AKW. Ausschlaggebend können auch Schlüsselerlebnisse sein, zu denen in erster Linie spektakuläre Aktionen der Bewegung (Kaiseraugst, Gösgen, Grabenfest) zu zählen sind.

Während die strukturelle Lage in der Gesellschaft einen grossen Teil der Unterschiede in der allgemeinen Radikalität und in der Zielorientierung zwischen Fortschrittlichen und Gemässigten erklärt, kann sie das besonders ausgeprägte *Engagement der Fortschrittlichen innerhalb der Bewegung nicht begründen*. Die Fortschrittlichen werden innerhalb ihres Lagers zu stärkerer Aktivität in der Bewegung motiviert — sei dies, weil ihre Minderheitsposition sie dazu zwingt; sei dies, weil sie aus ihrer Verbundenheit mit der Arbeiterbewegung eine klarere Konzeption für ihr politisches Handeln ableiten können; sei dies, weil sie nicht durch Illusionen bezüglich des Verhaltens der Antagonisten gebremst werden.

Die *Aktivisten*, gleichgültig aus welchem Lager, sind generell besonders stark in die Bewegung integriert und besonders eng mit ihren Gruppen verbunden. Sie haben einen grossen Freundeskreis in der Bewegung, und sie sind in der Regel in ihre Gruppe eingetreten in der Absicht, diese zu stärken. Demgegenüber sind gerade sie ausgesprochen wenig ins Berufssystem integriert: Zum einen haben sie ihre berufliche Karriere bereits hinter sich, zum anderen sind sie noch nicht ins Berufsleben eingetreten. Dadurch erhalten sie einen gewissen Freiraum für ihre politische Aktivität, indem sie der disziplinierenden Wirkung traditioneller Berufsrollen entgehen.

Dieser Freiraum wird aber anderweitig stark eingeschränkt, denn die Aktivisten unter den AKW-Gegnern werden am meisten *Opfer repressiver Massnahmen*. Die AKW-Gegner werden ganz allgemein in be-

«AKW-Gegner in der Schweiz» von Hanspeter Kriesi, Verlag Rüegger, Diessenhofen. Broschiert, 308 Seiten, 28 Franken

sonders krasser Weise durch ihre Antagonisten verfolgt, am härtesten trifft es aber ihre Exponenten. *Das Unverständnis und die Verachtung, die ihnen von den herrschenden Kreisen*

entgegengebracht werden, bilden den Hintergrund für eine rücksichtslose Durchsetzung des Interessenstandpunkts der Kernenergiebefürworter. Die Folgen in den Reihen der AKW-Gegner bleiben nicht aus: *Selbst äusserst gemässigte und integrierte AKW-Gegner verlieren ihr Vertrauen in diesen Staat und seine Repräsentanten und werden — allen ihren eigenen Widerständen zum Trotz — zu radikalen Gegnern dieses Staates*. Die Reaktion auf ihre Anliegen verstärkt ihre ohnehin schon ausgeprägte Distanz zu den zentralen Institutionen unserer Gesellschaft. *Die Perspektive einer zunehmend gespaltenen Gesellschaft drängt sich auf*.

Was bringt das Beschäftigungsprogramm des Bundes?

Aufklärung für linke Denker

Von Beat Kappeler, Sekretär des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes

Nur einige Rechte tun beim neuen Beschäftigungsprogramm des Bundes so, als ginge es um alles oder nichts — um die Umstülpung der bestehenden Wirtschaftsordnung oder ihre Bewahrung. Die Linke wird sich vor einem gleichen «Alles oder Nichts» hüten müssen. Politisch gesehen realisiert sie damit überdies einen Punkt. Dies soll der erste Analyseschritt sein — wie liegt das Paket im politischen Feld?

Dass der Bund zu einem Beschäftigungspaket schreitet, hätte man noch nach der Wirtschaftsdebatte vom September im Parlament nicht gedacht. Dort hatten sich viele Bürgerliche gegen die Notwendigkeit, etwas zu tun, ausgesprochen, und Bundespräsident Honegger fasste die Debatte als «Nicht-

Auftrag» auf. Dass nun schon fünf Monate später ein recht detailliertes Beschäftigungspaket vorgelegt wird, gibt den Vertretern der Linken recht, die schon damals Besorgnis geäussert hatten. Wir sind also die besseren Konjunkturprognostiker. Wir haben aber auch das mit solchen Notwendigkeiten des Wirtschaftsverlaufs besser verträgliche Programm. Denn, das ist der Punkt, den die Linke markiert, die Parole «weniger Staat» hat sich eindeutig als Schönwettergaukelei erwiesen. Dies nicht nur von der objektiven Lage her; sondern auch im Bewusstsein des Volkes dürften jene, welche die Steuerung der Wirtschaft wollen, glaubwürdiger dastehen als jene, die gestern schmähten und heute beteln. Dieser Punkt ist aber zu

«thematisieren», oder etwas weniger neudeutsch gesagt, in die Debatte dieses Wahljahres einzuhämmern.

Nicht in den Köpfen der Linken

Schon das letzte Beschäftigungsprogramm, obwohl mit vier Millionen öffentlichen Ausgaben viel bedeutender, ist nicht in die Köpfe der Linken eingedrungen, sondern nur in die Bilanzen der damit begünstigten Unternehmer. Es erregt regelmässig Staunen, wenn die Schlussbilanz erwähnt wird, wonach damals etwa 133 000 Arbeitsjahre geschaffen worden sind. Das stand nicht im «Blick», sondern nur in einer Studie des Bundesamtes für Konjunkturfragen. Schon dieses Programm hätte von uns